



- Nachforderungen sind nach BGH-Urteil rechtens
- Elterngeld: Vereinfacht, aber schlechter
- Unerlaubte Werbeanrufe

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 16. Januar 2013

68. Jahrgang/Nr. 13 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Der dritte Mann

Von Kurt Stenger

Es war eine parteipolitische Retourkutsche, als SPD-Chef Sigmar Gabriel in Sachen Berliner Flughafendebakel jetzt Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angriff. Richtig ist aber auch: Immer wenn zuletzt die BER-Probleme sichtbar wurden, tat Ramsauer so, als wäre er ein kritischer Beobachter, der den SPD-Länderchefs aus Berlin und Brandenburg die Leviten liest. Dabei ist er Akteur bei dem überflüssigen Großprojekt: Der Bund sitzt als dritter Anteilseigner der Betreibergesellschaft im Aufsichtsrat. Gegen den Willen des Verkehrsministers hätten die Fehlentscheidungen zu Auftragsvergaben, Zeitplänen oder Bauplanänderungen nicht getroffen werden können. Doch Ramsauer glänzte wie bei Stuttgart 21 oder dem Debakel um neue ICE für die Deutsche Bahn durch Nichthandeln – ihn interessiert offenbar nur der Straßenbau. Dabei wäre es Aufgabe des Bundes, den bei Großprojekten überforderten Länderbehörden zur Seite zu stehen.

Bei den Schlussfolgerungen geht es daher nicht um persönliche Verfehlungen einzelner und Rücktritte, damit der Flughafen dann richtig durchstarten kann, sondern darum, dass bei großen Infrastrukturprojekten strukturell einiges falsch läuft. Das reicht vom sparbedingten Kompetenzverlust öffentlicher Stellen über falsche Prioritäten in der Verkehrspolitik bis hin zur unzureichenden Bürgerbeteiligung. Es geht also um die künftige Rolle des Staates. Die Gefahr ist nämlich groß, dass das BER-Debakel am Ende nur den neoliberalen Privatisierern nützt.

Unten links

Eine Münze im Wert von einer Billion Dollar hätte fast die Verschuldungsprobleme der USA gelöst. Fast. Denn nun wird die Monstermünze doch nicht geprägt. Einige prägende Finanzexperten haben davon abgeraten. Das ist auch vernünftig. Gefährliche Finanzprodukte, Krise, Spardiktate? Gegen die flachrunde Wunderwaffe aus Platin wären alle erlebten und denkbaren Horrorszenarien reinsten Kinderkram. Mit so einem Teil würde man nicht nur jeden Kaffeeautomaten unbrauchbar machen, was gerade in Banken zu hysterischen Reaktionen mit unkalkulierbaren Folgen führen kann. Der US-Präsident hätte außerdem alle Gläubiger in Angst und Schrecken versetzt, und zwar mit jedem Griff in die Hosentasche. Womöglich wollte er ja soeben alle Staatsschulden bezahlen, und niemand hätte das nötige Wechselgeld parat. Kein vernünftiges Schuldsystem kann so überleben. Die Gefahr ist nun also abgewendet. Und kein Gelddrucker muss um seinen Arbeitsplatz fürchten. *uka*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Flucht vor dem Krieg

Frankreichs Intervention in Mali verschärft die Lage der Bevölkerung



Berlin (nd-Ling). Angesichts des Widerstandes der islamistischen Rebellen in Mali richtet sich Frankreich auf einen längeren Einsatz in dem westafrikanischen Land ein. Nach übereinstimmenden Berichten will Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian bis zu 2500 Soldaten nach Mali schicken.

Ein Sprecher der malischen Streitkräfte sagte am Dienstag, Frankreich habe seine Luftangriffe gegen Stellungen der Rebellen in Gao, Kidal und Timbuktu im Norden des Landes fortgesetzt. Mit seinem von UN-Sicherheitsrat einhellig befürworteten Militäreinsatz will Frankreich nach eigenen Angaben verhindern, dass die Rebellen weiter auf die Hauptstadt Bamako vordringen.

Die Lage in Mali hat sich nach Angaben von Helfern durch die jüngsten Kämpfe weiter zugespitzt. Seit dem militärischen Eingreifen Frankreichs habe sich die Zahl der innerhalb Malis geflohenen oder vertriebenen Menschen um mehr als 30 000 erhöht, berichtete das UN-Büro zur Nothilfe koordinierung (OCHA). Insgesamt sind seit April 2012 fast 150 000 Menschen in benachbarte Länder geflohen, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in Genf mit. Im Bild: Flüchtlinge aus Mali in Dori, Burkina Faso.

Die Militärs der Mitgliedsländer der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS berieten am Dienstag über die Aufstellung einer rund 3300 Mann starken gemeinsamen Kampftruppe. Neue Truppenverbände würden in Kürze in Mali eintreffen. Der ECOWAS-Vorsitzende Alassane Ouattara, Präsident der Côte d'Ivoire, trifft heute in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel. Deutschland erwägt die Bereitstellung von Flugzeugen, mit denen Soldaten der ECOWAS-Länder transportiert werden sollen.

Die Lage in Mali hat sich nach Angaben von Helfern durch die jüngsten Kämpfe weiter zugespitzt. Seit dem militärischen Eingreifen Frankreichs habe sich die Zahl der innerhalb Malis geflohenen oder vertriebenen Menschen um mehr als 30 000 erhöht, berichtete das UN-Büro zur Nothilfe koordinierung (OCHA). Insgesamt sind seit April 2012 fast 150 000 Menschen in benachbarte Länder geflohen, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in Genf mit. Im Bild: Flüchtlinge aus Mali in Dori, Burkina Faso.

Tagesthema Seite 2
Foto: dpa/Helmut Fohringer

Rechtsanspruch ohne Wert

Kommunen wollen Schadenersatz für Kita-Klagen nicht allein tragen

Von Rainer Balcerowiak

Weil die Nachfrage nach Kita-Plätzen das Angebot übersteigen wird, fürchten Städte und Kommunen eine Klagewelle. Sie wollen auch den Bund zur Kasse bitten.

Die Kommunen gehen nicht mehr davon aus, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren fristgerecht zum 1. August 2013 flächendeckend umsetzen zu können. Der Bund sei von unrealistischen Bedarfswerten ausgegangen, die gesellschaftliche Realität habe sich verändert, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, am Dienstag in Berlin. Immer mehr junge Frauen wollten nach der Geburt ihrer Kinder so schnell wie möglich in ihren Beruf zurück, um »den An-

schluss nicht zu verpassen«. Schon jetzt sei absehbar, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen die veranschlagten 35 Prozent aller Kinder in dieser Altersgruppe deutlich übersteigen werde. Besonders in großen Städten zeichne sich ein Bedarf von bis zu 50 Prozent ab.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, forderte vom Bund und von den Ländern Unterstützung. Jetzt gelte es, »pragmatische und flexible Übergangslösungen« zu entwickeln, um möglichst vielen Eltern ein Angebot unterbreiten zu können. Als Beispiele nannte Landsberg den Ausbau der Tagespflege, die verstärkte Förderung von Betriebskindergärten und die effiziente Nutzung vorhandener kommunaler Infrastruktur wie Schulgebäude. Dabei müsse vorübergehend

auch die Senkung von Standards in Kauf genommen werden wie Mindestfreiflächen pro Kita und in besonderen Fällen auch die Gruppengrößen. Dem gravierenden Fachkräftemangel wollen die Kommunen durch freiwillige Mehrarbeit möglichst vieler Erzieherinnen begegnen, von denen derzeit 68 Prozent in Teilzeit arbeiten. Articus und Landsberg forderten Bund und Länder auf, die Ausbildungskapazitäten für pädagogische Berufe zu erweitern, bessere Möglichkeiten für Quereinsteiger zu schaffen sowie die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu vereinfachen.

Dies alles wird kurzfristig nicht greifen. Daher gehen die Kommunen davon aus, dass viele Eltern ihren Anspruch auf einen Betreuungsplatz auf dem Klageweg geltend machen werden. Dazu haben die kommu-

nalen Spitzenverbände zwei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, die zu dem Ergebnis kommen, dass Städte und Gemeinden prinzipiell zu Schadenersatz oder der Erstattung der Kosten privat organisierter Betreuung verpflichtet sind. Die Juristen sehen jedoch Möglichkeiten, den Rechtsanspruch sehr restriktiv auszulegen. So seien betroffenen Eltern längere Anfahrtswege, verkürzte Betreuungszeiten und die Unterbringung bei einer Tagesmutter zuzumuten.

Die Kommunalvertreter wollen erreichen, dass sich Bund und Länder an den Kosten der Gerichtsverfahren beteiligen. Schließlich seien sie die Urheber des Rechtsanspruchs und trügen eine Mitverantwortung an der nicht fristgemäßen Umsetzung, so Articus.

Kommentar Seite 4

Flughafen: Was wusste Ramsauer?

Eklat im Bundestag – Sondersitzung abgebrochen

Berlin (nd-Kammer). Bei der Suche nach Schuldigen des Berlin-Brandenburger Flughafendebakels gerät jetzt auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) unter Druck. SPD-Chef Sigmar Gabriel warf ihm vor, Informationen über die erneute Verschiebung der Flughafeneröffnung verschwiegen zu haben. Ramsauer hatte sich bereits am 19. Dezember, drei Wochen vor der offiziellen Terminabsage, mit Flughafen-Technikchef Horst Amann getroffen. Danach äußerte er Zweifel, ob der Eröffnungstermin im Oktober 2013 gehalten werden könne. »Allem Anschein nach hat Ramsauer die Öffentlichkeit getäuscht«, sagte Gabriel der »Süddeutschen Zeitung«. Sollte sich das bewahrheiten, erscheine Ramsauers Rolle in ganz neuem Licht. Gabriel wurmt offenbar, dass Ramsauer in Sachen Flughafen bisher weitgehend von Kritik verschont blieb; er benutzt den Vorgang als willkommene Wahlkampfmunition.

Ramsauer wies den Vorwurf zurück und warf Gabriel vor, ein »parteipolitisches Süppchen« zu kochen. Er habe erst am Abend des 6. Januar von der erneuten Terminabsage erfahren, was umgehend auch von der Flughafengesellschaft bestätigt wurde.

Zu einem Eklat kam es gestern im Bundestag, als die Sondersitzung des Haushaltsausschusses zum Flughafen von CDU und FDP abgebrochen wurde. Anlass war die Absage der Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Klaus Wowereit und Matthias Platzeck (beide SPD). Regierungs- und Oppositionsfractionen warfen sich daraufhin gegenseitig vor, die Aufklärung des Debakels zu behindern. Durch den Abbruch hätten die Abgeordneten Ramsauer nicht zu dem gegen ihn gerichteten Vorwurf befragen können.

Im Flughafenaufsichtsrat soll heute Platzeck den Vorsitz von Wowereit übernehmen. Auch Flughafenchef Rainer Schwarz steht vor der Ablösung. *Seiten 4, 9 und 12*

KURZ

Selbstmorde in US-Armee

Washington (AFP). Die Zahl der Selbstmorde in den US-Streitkräften ist im vergangenen Jahr auf einen neuen Höchststand gestiegen. 2012 nahmen sich nach offiziellen Angaben vom Montag 349 Soldaten das Leben. Damit starben 2012 mehr US-Soldaten durch Selbstmord als im Kampf im Afghanistan-Einsatz. *Kommentar Seite 4*

Kontokündigung rechtens

Karlsruhe (dpa). Banken dürfen Verträge über Girokonten auch ohne Angabe von Gründen kündigen. Das entschied der Bundesgerichtshof. Damit blieb die Klage eines rechtsradikalen Buchvertriebs erfolglos. *Seite 6*

EU-Geld für Palästina

Brüssel (AFP). Die Europäische Union will den Palästinensern im Westjordanland, im Gaza-Streifen sowie in Flüchtlingslagern in Jordanien, Libanon und Syrien mit 100 Millionen Euro unter die Arme greifen. 60 Millionen Euro soll die Palästinensische Autonomiebehörde erhalten, um den öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Armstrong beichtet Doping

Austin (nd). Der US-amerikanische Radstarpstar Lance Armstrong hat in einem Fernsehinterview jahrelanges Doping eingestanden. Ihm waren bereits Ende 2012 alle sieben Siege bei der Tour de France von 1999 bis 2005 aberkannt worden. Nun drohen ihm hohe Schadenersatzklagen. *Seite 19*